

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insertionspreis: die
kleinsten Zeile 10 Pf. Im
amtlichen Theile die gespaltene
Zeile 25 Pf.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
unsern Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Dannebohn in Eibenstock.

45. Jahrgang.

Nr. 15.

Donnerstag, den 3. Februar

1898.

Zur dankbaren Erinnerung an das bevorstehende Regierungsjubiläum Sr. Majestät
des Königs ist der Bau einer

Kapelle

für die Bezirksanstalt Grünhain beabsichtigt.
Gemeinden und Privatpersonen, welche dieses Vorhaben zu fördern bereit sind, werden
in Nachgebung eines Beschlusses der Bezirksversammlung ersucht, ihre Beiträge bis Ende
Februar l. J. anher einzuzahlen oder doch anzumelden.
Schwarzenberg, am 31. Januar 1898.

Königliche Amtshauptmannschaft. Febr. v. Wirting.

Bekanntmachung.

Wegen vorzunehmender Reinigung bleiben die Rathsexpeditionen
Sonnabend und Montag, den 5. und 7. Februar 1898
geschlossen.

An diesen Tagen können nur dringliche Angelegenheiten erledigt werden.
Das Ständesamt ist von 10—11 Uhr Vormittags geöffnet.
Eibenstock, den 1. Februar 1898.

Der Rath der Stadt. Hesse.

Grüßlich.

Abbruch.

Das alte Schulgebäude Nr. 102 zu Sofa soll zum Abbruch meistbietend verkauft
werden. Auswahl der Licitanten vorbehalten. Verkäufungs-Termin Montag, den
7. Februar, Nachmittags 2 Uhr im Gasthof zum Ring. Bedingungen ebendasselbst
einzusehen.
Sofa, den 1. Februar 1898.

Der Schulvorstand zu Sofa. Silbrig, Pf.

Zur Kretafrage.

Obwohl der Friede zwischen Griechenland und der Türkei
geschlossen ist, gewinnt es doch nicht den Anschein, als sollten
Ordnung und Ruhe nunmehr im Orient heimisch werden. Das
Hinderniß, das der Erreichung dieses Zustandes entgegensteht,
bietet nach wie vor die Lage auf Kreta. Dort haben sich die
Parteihsinnigkeiten nicht nur nicht gemildert, sondern eher noch
verschärft, von den Mohammedanern ist ein förmliches Schreckens-
regiment eingerichtet und erst vor wenigen Tagen hat sich ein
gefährlicher Aufbruch in Rania nur mit Mühe unterdrücken lassen.
Kurzum, die Verhältnisse sind so bedenklich wie nur möglich, sie
dringen auf die raschste Abhilfe. Diese erwartet man sachgemäß
von dem Eingreifen des europäischen Concerts, dessen Mitglieder
sich verpflichtet haben, nach dem Friedensschlusse unverzüglich die
Kretafrage zu regeln. Theoretisch ist das auch schon geschehen,
die Autonomie Kretas ist verhandelt worden, die bezüglichen Be-
stimmungen liegen fertig vor. Aber die praktische Durchführung
steht noch im Felde, da der erste und wesentlichste Schritt dazu,
die Ernennung eines Gouverneurs, auf große Schwierigkeiten
stößt. Die Großmächte sind darin einig, daß diese Persönlichkeit
ein orthodoxer Christ sein muß, die Türkei hat aber zugleich den
besonderen Wunsch, daß der neue Gouverneur türkischer Mitglieder
sein soll. Hierin zeigt sich jedoch nicht das größte, jedenfalls
kein unüberwindliches Hinderniß; die Hauptschwierigkeit ist, den
allen Beteiligten sonst genehmen Mann zu finden. An Ver-
suchen dazu hat es nicht gefehlt, die Liste weist schon eine hübsche
Reihe von Candidaten auf. Da war zunächst ein Schweizer
Politiker Rouma Droy, aber er gefiel eigentlich nur Frankreich.
Dann kam der luxemburgische Oberst Schöffler, aber auch er fand
nicht Gnade vor den Augen aller Schönen. Nach ihm erschien
der Prinz Battenberg zu einer noch kürzeren Theilnahme an dem
Wettbewerb, als Vertreter der montenegrinische Wojwode Petro-
witsch, und dieser hätte um ein Haar das — schwarze oder hellere
— Los gezogen, wenn nicht sein eigener Fürst mit einem veto
dazwischen getreten wäre. So wurde wieder Platz für einen
fünften Candidaten, den Prinzen Georg von Griechenland, dessen
Bewerbung eben jetzt der Diplomatie einige Beschwerden ver-
ursacht.

Diese Candidatur kann einerseits dem Sultan unmöglich
behagen, andererseits wird sie aber von Rußland lebhaft unterstützt.
Auf dieser Seite scheinen sich starke persönliche Einflüsse für den
Prinzen geltend zu machen. Auf jener befürchtet man die schlim-
men Folgen von der Ernennung dieses griechischen Königssohnes,
der knapp vor Jahresfrist die erste feindliche Flottille gegen Kreta
geführt hat, und man betont nicht mit Unrecht, daß die Bewir-
kung dieser Candidatur von der siegreichen Türkei als eine
Infragestellung ihres kriegerischen Erfolges angesehen werden und
auf das türkische Volk eine schwer absehbare Wirkung ausüben
müßte. Ermöglicht man nun, daß der Friede im Orient wesentlich
von der Ruhe und gefestigten Position der Türkei abhängt, so
ist nicht zu verkennen, daß diese neueste Wendung in der Gou-
verneurfrage sehr ernsthafteste Verwickelungen nach sich ziehen kann.

In Anknüpfung an diese nicht unberechtigten Befürchtungen
einer neuen Zuspitzung der orientalischen Frage ist von einzelnen
deutschen Zeitungen die Frage aufgeworfen worden, weshalb das
deutsche Kriegsschiff „Oldenburg“ noch immer vor Kreta liege
und was Deutschland veranlassen könne, sich überhaupt um die
Frage der Besetzung des Gouverneurpostens auf Kreta zu be-
mühen. Daraus antwortet die „Köln. Ztg.“ mit einer Dar-
legung, der man sich wohl anschließen kann. Sie schreibt in der
Hauptache folgendes:

„Soweit wir die Politik der deutschen Regierung zu beur-
theilen vermögen, scheint sie uns ebenso unanfechtbar wie unzwei-
deutig zu sein. An sich ist es für Deutschland gleichgültig, wie
die Dinge sich auf der Insel Kreta gestalten, solange sie nicht
mit ihrer Wirkung über die Grenzen der Insel hinausgreifen.
Selbst wenn die aufständische christliche Bevölkerung noch mehr,
als dies bisher der Fall war, sich zu Unterdrückungen u. Grauel-
thaten gegenüber der mohammedanischen Bevölkerung auf der Insel
aufreizen lassen sollte, so wäre das nicht genügend, die Knochen
eines pommerischen Grenadiers oder das Leben eines braven
deutschen Seemanns dafür aufs Spiel zu setzen. Demzufolge

kann es auch für Deutschland an sich ganz gleichgültig sein, wer
dort Gouverneur der Insel wird, vorausgesetzt, daß die Ernennung
des Gouverneurs nicht Folgen nach sich ziehen müßte, die weniger
die Insel beruhigen, als den europäischen Frieden bedrohen wür-
den. Wenn alle europäischen Mächte sich mit dem Sultan über
die Ernennung eines griechischen Prinzen zum Gouverneur auf
Kreta verständigen sollten, so hat Deutschland nicht das geringste
Interesse, dieser Verständigung entgegen zu sein. Eine solche Ver-
ständigung der Großmächte mit dem Sultan muß aber von vorn-
herein jedem unbefangenen Beobachter der jüngsten Ereignisse als
ausgeschlossen erscheinen. Es müßte also ein entsprechender ge-
waltamer Druck auf den Sultan seitens der Großmächte ausgeübt
werden, um ihn zu zwingen, gegen das Lebensinteresse seiner
Herrschaft und seines Reiches zu handeln. Dieser Druck würde
zum mindesten mit dem Einlaufen verschiedener fremder Bescha-
der in die Meerengen verbunden sein. Bei einigem ruhigen Er-
wägen wird man zur Ueberzeugung gelangen müssen, daß die
Einheit der Mächte, die einen derartigen gewaltamen Druck ge-
meinsam in Szene setzen würden, wegen der Verschiedenartigkeit
ihrer eigenen Interessen sehr bald in die Brüche gehen würde.
Dem gegenüber scheint uns die Politik der deutschen Regierung
eine von selbst gegebene zu sein. Deutschland hat schon allein
mit Rücksicht auf seinen ausgedehnten Welthandel ein dringendes
Bedürfniß, daß der europäische Friede möglichst lange erhalten
bleibt und daß, wo ein Kriegsausbruch unvermeidlich ist, der
Kriegsschauplatz so eingeschränkt wird, daß dadurch thörichtlich wenig
deutsche Interessen beeinträchtigt werden. Deutschland hat bisher
sein Bestreben darauf gerichtet, daß seine Mitwirkung in dem kritischen
Streite ausschließlich der Erhaltung des europäischen Friedens
dienen sollte. Es hat mit allem Eifer dazu beigetragen, die Ein-
tracht unter den Mächten zu fördern und zu kräftigen; es hat
in dieser Aufgabe um so nützlicher wirken können, weil es nicht
das geringste Interesse an der örtlichen Gestaltung der Dinge auf
Kreta zu nehmen hat. Demgemäß hat es von Anfang an
von einer größeren Machtentfaltung abgesehen und ausschließlich
ein Kriegsschiff nach Kreta geschickt, das genügen mußte, um da-
durch auch äußerlich die Einheit der Großmächte zu bekunden.
Ein Fernbleiben von diesem gemeinsamen Vorgehen der Mächte
würde die deutsche Politik in die Gefahr gebracht haben, daß sie
verdächtigt worden wäre, im Trüben fischen zu wollen. Deutsch-
land kann und muß bei diesem Verhalten bleiben, solange irgend-
wie die Aussicht vorhanden ist, daß die Einheit der Mächte er-
halten bleibt. Erst wenn diese Aussicht zerstört wird, durch das Vor-
gehen der einen oder der anderen Macht, welche einseitige, eigene
Interessen in den Vordergrund stellt, erst dann, aber auch in die-
sem Augenblicke erwächst der deutschen Politik die Pflicht, keinen
Zweifel darüber zu lassen, daß die Einheit der Großmächte endgiltig
in dieser Frage aufgehört hat. Die Zurückziehung der „Oldenburg“
aus den kritischen Gewässern würde die notwendige Folge davon
sein. Ein solches Verhalten kann für keine europäische Macht
irgendwie eine Ueberraschung bieten; denn jede Macht weiß, daß
Deutschland im griechischen Archipel keine eigenen Interessen ver-
folgt, und jede Macht wird sich darüber klar sein, daß demgemäß
Deutschland sich an keinem Schritte betheiligen wird, der uns der
Gefahr aussetzen würde, daß wir über Nacht in scharfen Gegen-
satz, sei es zum Sultan, sei es zu andern Mächten, kommen
könnten.“

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Zur Militärstrafprozessreform
ward der „Frankf. Ztg.“ aus Berlin geschrieben, daß der Wider-
stand gegen die Öffentlichkeit des Verfahrens nicht vom Kaiser
ausgehe, sondern von den Generalkommandos. Ueberhaupt seien
militärische Einflüsse vorhanden, die jedem Zugeständnisse wider-
sprächen.

— Wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ hört, ist nunmehr dem
Bundesrath der Entwurf eines Gesetzes zugegangen, durch welches
die in Aussicht gestellten Änderungen von Bestimmungen
über das Postwesen im Gebiet der Deutschen Reichs eingeführt
werden sollen.

— Zum Geburtstag des Kaisers schrieben die „Hamb.
Nachr.“: Die unheimlichen Erscheinungen, die uns früher die

Festestrenge am kaiserlichen Geburtstag zuweilen trübten, haben
aufgehört begonnen. Die Nachgiebigkeit der Regierung gegen
alle Elemente, die wir als reichsfeindlich betrachten müssen wegen
ihres Ursprungs und ihrer Ziele, ist einer anderen Behandlung
gewichen; mit irrigen Auffassungen, die wir oft als schädlich nach-
zuweisen hatten, ist in der inneren wie äußeren Politik gebrochen
worden; Minister, von deren Wirksamkeit für die wahren Inter-
essen Deutschlands nichts zu erwarten war, sind entlassen, neue
Männer, die den politischen Auffassungen, wie sie unter Kaiser
Wilhelm I. maßgebend waren, nahe stehen, sind an ihre Stelle
getreten; die Sprache der Regierung vor dem Parlamente ist
wieder energischer, zielbewusster geworden und wir dürfen in der
Hoffnung hingehen, daß von der jetzt eingeschlagenen Politik
so leicht nicht wieder abgewichen wird. Dies Alles wäre nicht
möglich gewesen, ohne daß der Kaiser gewollt hätte. Wir über-
lassen uns heute, am kaiserlichen Geburtstag, der Erwartung,
daß uns die Zukunft seine neuen Entdeckungen mehr bringt,
welche die alten Segensätze unseres nationalen Lebens zum
Schaden Aller wieder verschärfen. Es giebt Fehler, die nicht
zum zweiten Male gemacht werden und wir rechnen sowohl auf
die hohen intellektuellen Eigenschaften des Monarchen, auf seine
Erkenntniß dessen, was nützlich und was schädlich für Deutschland
ist, als auch auf die ihn bestimmenden psychologischen Momente.
Die Geschichte Deutschlands werden nach menschlicher Voraussicht
noch über ein Menschenalter hinaus von der Entwicklung Kaiser
Wilhelms II. als Monarch und Charakter wesentlich beeinflusst
werden; Grund genug für alle Deutschen, dafür zu sorgen, daß
Kaiser und Volk in ihrem Empfinden und in ihren Auffassungen
eins bleiben.

— Berlin, 1. Februar. Der „Reichsanzeiger“ veröffent-
licht folgenden kaiserlichen Erlass: Mit herzlichster Freude
habe Ich es auch bei der diesjährigen Wiederkehr meines
Geburstages erfahren dürfen, wie festlich dieser Tag im ganzen
Reiche und weit über seine Grenzen hinaus begangen ist
und welche treuen Wünsche und Fürbitten Mich in das
neue Lebensjahr geleitet haben. Eine große Anzahl von
schriftlichen und telegraphischen Rundgebungen gab Mir ein
beredtes Zeugniß davon, daß das Volk, welches Mich mit dem
deutschen Volke verbindet, auf treuer Anhänglichkeit und unverfä-
ltem Vertrauen gegründet ist. Ich habe aus den begehrtesten
Guldigungen aber auch mit Befriedigung erfahren, welche freudigen
Wiederhall die jüngsten Erfolge unserer Bemühungen, den
deutschen Interessen auch im Auslande einen ausreichenden
Schutz und eine gesunde Weiterentwicklung zu sichern, in den
Herzen aller Patrioten, besonders auch bei den fern vom Vater-
lande lebenden Deutschen gefunden haben. Mein Sinnen und
Denken wird im Hinblick zu Gott, dem Herrn, auch ferner darauf
gerichtet sein, die Sicherheit und die Wohlfahrt des Reiches zu
fördern und zu heben. Von dem Wunsche befeelt, Allen, welche
Mich an meinem Geburtstage durch freundliche Wünsche und
sonstige Aufmerksamkeiten erfreuen, meinen wärmsten Dank
zu erkennen zu geben, ersuche Ich Sie, diesen Erlass alsbald zur
öffentlichen Kenntniß zu bringen. Berlin, Schloß, den 31. Ja-
nuar 1898. Wilhelm I. R.

— Frankreich. In einem Artikel über die Haltung
der französischen Presse gegenüber Deutschland in der
Dreyfus-Frage schreibt die „Post“: „Bom Standpunkt des
Politikers aus ist die Frage am wichtigsten, welche Elemente in
dem wild entbrannten Streite endlich den Sieg erringen werden.
Denn diesen Siegern wird für die nächste Zeit hinaus Frankreich
gehören. Die Beziehungen zu dem jetzigen französischen Cabinet
sind unverändert gute gewesen. Wir haben deshalb an und für
sich keinen Grund, den Sturz desselben herbeizuwünschen, und zwar
um so weniger, als dies Ministerium unter den Streichen cha-
rakteristischer Elemente niederstürzen würde. Wie aber auch die
Wärfel fallen mögen, wir sehen der Zukunft ruhigen Sinnes
entgegen. Das heutige europäische Staatensystem ist im Hinblick
auf innereuropäische Angelegenheiten zu sehr in bestimmten Posi-
tionen festgelegt, als daß Kabinetsveränderungen im Westen
wesentlich beeinflussen könnten. Noch in letzter Zeit aber hat die
chinesische Entwicklung gezeigt, wie die Handelsinteressen der
Völker die einzelnen Großstaaten in das große Reich der Welt-
politik hinausdrängen, in dem alte Feinde und durch die Macht